

AUS DEM INHALT:

Blick ins Bistum S. 4

Zukunftszeit S. 7

Ihr Wahlrecht S. 8

Passivität S. 9

Lunte brennt S. 12

Kirche wählen S. 14



Es braucht Bündnisse der Vernunft

Im Wahljahr 2017 gilt es, für die Werte unseres Gemeinwesens einzustehen

In diesem Jahr stehen für die Bürgerinnen und Bürger im Bistum Aachen zwei wichtige Wahlentscheidungen an: Am 14. Mai die Wahl des Landtags in Nordrhein-Westfalen und am 24. September die Wahl des Bundestags.

Im Vorfeld dieser beiden Wahlen wird es öffentliche Diskussionen, Plattformen und Foren geben, die von den verfassten Räten im Bistum allein oder im Verbund mit kirchlichen Gruppierungen organisiert werden. Und bei der Vorbereitung wird sich die Frage stellen: Wie gehen wir mit rechtspopulistischen Tendenzen, Parteien und Kandidaten um? Gehen wir der Konfrontation aus dem Weg oder stellen wir uns der Auseinandersetzung mit den Aussagen der Vertreter dieser Parteien und den Parteien selbst?

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen will keine Bevormundung der

eigenverantwortlichen Entscheidungen vor Ort. Er möchte gleichwohl deutlich machen, was geht und was gar nicht geht. Und bereitet eine Positionsbeschreibung vor. Als Vorsitzender möchte ich einige Gedanken dazu formulieren.

JETZT IN DER ÖFFENTLICHEN DEBATTE HALTUNG ZEIGEN

Im letzten Jahr haben sich die Mitglieder des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen auf ihrer Herbstvollversammlung erstmals mit der Thematik beschäftigt und sich zur Einstimmung von zwei grundsätzlichen Referaten – Dr. Annette Jantzen (BdKJ) und Peter Pappert (Aachener Zeitung) – informieren lassen. Auf der Grundlage dieser Informationen stellt sich die Situation wie folgt dar:

Wir ertrinken gegenwärtig in einer Flut von Worten, Fakten und Neuigkeiten,

deren Bedeutung sich gegenüber der landläufigen Anschauung in vielfacher Hinsicht verschoben hat. Eigentlich sollen Sprache und Worte der Verständigung dienen und nicht Verwirrung beim Adressaten erzeugen. Und wenn Wahlen ihre Schatten werfen, verdunkeln sich dabei regelrecht manche Gehirne und erfahren keine Erleuchtung, um die Entscheidung leichter zu machen. Und wenn nach der politischen Mitte gefragt wird, dann lässt sich nicht mehr so leicht ausmachen, wer und welche Position dazu gehört. Die Mitte versuchen viele Parteien mit Blick auf die Wählermehrheit zu besetzen, auch vom linken und verstärkt vom rechten Rand. Aber gehören diese Parteien mit ihren Aussagen und Versprechungen wirklich dazu? Oder gehören sie nicht eher weiter zu dem Randbereich, der von mündigen und verantwortungsbewussten

Wählerinnen und Wählern eher gemieden wird – und das mit Recht?

Die rechtspopulistisch orientierten und dort außen verankerten Parteien glauben zwar, sie vertreten die Mitte Deutschlands oder gar Europas. Aber ist die Mitte überhaupt noch als Abgrenzungskriterium brauchbar? Die Mitte als bloßes Etikett für politische Orientierungen ist als solches nicht geeignet. Die Mitte als Spektrum aller demokratisch und freiheitlich orientierten Menschen kann man auch als eine Haltung begreifen, in der die Grundwerte unserer Verfassung zum Ausdruck kommen. Das gilt es deutlich zu machen und zu verbreiten. Das gilt es zu wecken und zu stärken, damit die Mitte nicht von den rechtspopulistischen Rändern her untergraben wird. Dazu braucht es „Bündnisse der Vernunft“, bei denen sich die Begrifflichkeiten von Freiheit und Sicherheit, von Ökologie und Ökonomie, von Erfolg und Armut nicht auseinander dividieren lassen, sondern bei denen sie einvernehmlich zusammengeführt werden.

Solche „Bündnisse der Vernunft“ bieten einen starken Rahmen, sowohl für die eigene Orientierung als auch für die öffentliche Diskussion. Die Demokratie als die den Menschen am besten dienende Staatsform ist die Grundlage für solche Bündnisse. Daher gehören solche Parteien und deren Kandidaten, welche die Aus- und Abgrenzung suchen, welche menschenverachtende und andere diskriminierende Ziele verfolgen, welche die Freiheit aller Menschen nicht respektieren und verfestigen wollen nicht zum Kern dessen, was Demokratie ausmacht.

In ihrer Idealdarstellung beinhaltet Demokratie das Sowohl-Als-Auch und ersetzt das Entweder-Oder durch diese Einstellung und Maxime. Das geht aber nicht immer. Denn bei der politischen Auseinandersetzung mit denjenigen, die mit unserer demokratischen Grundordnung eigentlich nichts mehr im Sinn haben, müssen wir aufstehen und deutlich zum Ausdruck bringen: Entweder für oder gegen die Grundwerte der Demokratie, ein Sowohl-Als-Auch kann es nach dem normalen Demokratieverständnis insoweit ganz nicht geben. Das bedeutet nicht, dass man sich als Demokrat nicht mit den Argumentationsansätzen dieser Andersdenkenden auseinandersetzt, aber ein Hinnehmen solcher Positionen neben unseren demokratischen Positionen und

ein Hinstellen als Sowohl-Als-Auch kann und darf es denkinhaltlich nicht geben. Sich widersprechende politische Konzepte können nur dann nebeneinander bestehen, wenn sie auf dem Boden der verfassten Demokratie und auf dem Boden unseres Grundgesetzes mit den dort festgeschriebenen Werten stehen.

Bei den Wahlen wird es darauf ankommen, dass sich die Haltung der Mitte zeigt und dass die Mitte Haltung zeigt. Und dazu muss sie sich ihrer starken Tugenden bedienen: Verantwortung und Tatkraft.

ÄNGSTE IN DER BEVÖLKERUNG WAHR- UND ERNSTNEHMEN

Was ist eigentlich Populismus? Populismus bezeichnet nach allgemeiner Definition einen Politikstil, der sich auf den ersten Blick volksnah gibt, aber Emotionen, Vorurteile und Ängste der Bevölkerung für eigene Zwecke und Ziele missbraucht und den Bürgern vermeintlich einfache und klare Lösungen für politische Probleme anbietet. Populismus ist originär eigentlich ohne eine konkrete politische Zuordnung und damit sowohl links als auch rechts von der politischen Mitte zu finden.

Durch eine aggressive agitatorische und exklusorische Identitäts- und Nationalpolitik sowie durch die Bedienung von Ressentiments wird Populismus im Endeffekt zum Rechtspopulismus. Rechtspopulismus setzt zwar auch auf eine vertikale Volkselite, bedient sich aber auf horizontaler Ebene verstärkt der Ausgrenzung und Diffamierung bestimmter Gruppen, vornehmlich Randgruppen in der Gesellschaft. Populistische Bewegungen sind ein Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen. Sie treten zuvorderst auf, wenn infolge zu raschen Wandels oder zu großer Verwerfungen bestimmte Bevölkerungsgruppen die Orientierung verlieren und von Zukunftsangst geplagt werden. Insofern bedienen sich Rechtspopulisten gerne der krisenhaften Situationen, und ihr Ziel ist der kurzfristige Erfolg durch Nutzung solcher Erscheinungen.

Rechtspopulistische Parteien leben von einer breiten öffentlichen und medialen Inszenierung und der Aufmerksamkeit, die ihnen dabei von den Medien geschenkt wird. Durch gezielte Tabubrüche betonen Rechtspopulisten ihre

Außenseiterrolle und machen nach außen deutlich: Da traut sich einer was. Insofern stellt Rechtspopulismus vielmehr eine politische Strategie als eine Ideologie mit konkreten Inhalten dar. Mit Simplifizierungen, provokanten, demagogischen Parolen und durch Übertreibungen präsentiert sich der populistische Agitator als ein „Mann des Volkes“. Die Inszenierung der Vertreter populistischer Parteien und Gruppierungen ist das immer wieder in allen Medien vorgeführte Spiel mit Ängsten und der Aufbau von Feindbildern innerhalb eines Schwarz-Weiß-Schemas, das von einem ständigen Bedrohungsszenario ausgeht. Um ihre Überzeugungen zu verbreiten, benötigen Populisten vor allem die Boulevardpresse, die als Massenmedium die Kanalisierung und Transportierung der Botschaften übernimmt und dadurch wiederum selber profitiert. In diesem Sinne sind die Rechtspopulisten auch ein Produkt des modernen Medienzeitalters, und ihre Beziehung zu den Massenmedien ist eine durchaus symbiotische mit beabsichtigten Erfolgen für beide Seiten.

Wie aber bekämpft man rechtspopulistische Tendenzen? Lassen sich Konzepte und Strategien finden, die für Demokraten nutzbar sind? Es gibt sicherlich keinen klar definierten Königsweg, um Rechtspopulisten erfolgreich zu bekämpfen. Genau wie Rechtspopulisten nur Produkte des nationalen Zeitgeistes sind, genauso können immer nur individuelle und auf den Einzelfall bezogene spezifische Antworten gegeben werden. Das Phänomen Rechtspopulismus ist zu komplex für simple Bekämpfungsstrategien, anders als seine eigenen politischen Antworten klingen. Die gesellschaftlichen Ängste und Befürchtungen, derer sich Rechtspopulisten immer wieder gezielt bedienen, sind auch ohne reale und realistische Gegenwart vorhanden. Und sie müssen von uns ernst genommen werden. Insofern bedarf es einer kontinuierlichen, kontroversen, aber auch sachlich geführten Debatte.

SICH NICHT VON RECHTSPOPULISTEN EINSpannen LASSEN

Zu erkennen, was die Gesellschaft bewegt und umtreibt, gehört zur Aufgabenstellung ihrer demokratischen Vertreter. Dabei darf rechtspopulistische Elitenkritik nicht per se als falsch dargestellt werden, sondern muss sorgfältig reflektiert

werden. Der Eindruck von Ignoranz darf nicht entstehen. Bei der Auseinandersetzung mit Rechtspopulisten ist die Bekämpfung einer bestimmten Organisationsform oder eines einzelnen Aspekts von Rechtsradikalismus nicht ausreichend. Es ist vielmehr wichtiger, die sozialen Verwurzelungen zu analysieren und dort mit der Problemlösung zu beginnen. Dabei kann es auch helfen, selber Verantwortung zu übernehmen: Wichtig ist, dass Spitzenpolitiker und Führungspersonen sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sind und sich in der Öffentlichkeit entsprechend verhalten.

Der Umgang mit Rechtspopulisten ist in jeder Einzelsituation schwierig. Weder politische Quarantäne als Extrem der einen Seite, noch partielle oder volle Kooperation zur Disziplinierung ihres Wirkens als Extrem auf der anderen Seite sind als grundsätzlich mögliche Lösung zu betrachten. Das Dilemma liegt in der Natur des Populismus. Bei Nichtbeachtung und Nichternstnehmen wird letztlich eher der Rechtspopulismus von einer solchen Haltung profitieren als der dagegen Kämpfende. Insofern müssen alle politischen Umstände und Konstellationen intensiv analysiert und bewertet werden. Dabei ist ein offensiver Umgang am ehesten erfolgversprechend für eine wirksame Eindämmung. Das bedeutet konkret, dass innerhalb der politischen Arena zwischen Nichtbeachtung und Kooperation abgewogen werden muss, ohne dabei der populistischen Rechten Einfluss oder inhaltliche Deutungshoheit zu ermöglichen.

Die etablierten demokratischen Parteien dürfen sich nicht in eine Phase politischer Abhängigkeit von Rechtspopulisten begeben. Sie sind vielmehr aufgerufen, die von Rechtspopulisten besetzten Themen zu entschärfen, indem sie sachliche und den Bürger zufriedenstellende Lösungen anbieten, die aber im Gegensatz zu rechtspopulistischen Ansätzen mit dem Grundgesetz in Einklang stehen. Diese Lösungen müssen dann auch die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, ohne dass Rechtsradikale dies als ein Entgegenkommen zu ihrer Politik oder eine Übernahme ihrer politischen Forderungen für sich reklamieren können. Die demokratischen Parteien dürfen Rechtspopulisten nicht die Möglichkeit geben, sich als unschuldig Ausgegrenzte des Systems darzustellen.



Zusammengefasst bedeutet damit eine „offensive Eindämmung“ des Rechtspopulismus beim Umgang mit Vertretern solcher Parteien: Die Augen öffnende Darstellung ihres objektiven Inhalts und die Entkräftung rechtspopulistischer Behauptungen und Forderungen, ohne sie dabei inhaltlich oder politisch aufzuwerten.

ALS CHRISTEN DER ENTSOLIDARISIERUNG ENTGEGENTRETEN

Alle Demokraten müssen sich der Ausbreitung rechtspopulistischer Parteien und Werte mit aller Kraft entgegenstellen. Nicht nur weil ihre politischen Fundamente deutlich von rechtspopulistischen Anschauungen abweichen, sondern vor allem auch wegen ihrer engen Verbundenheit mit Menschenrechten und den durch das Grundgesetz geschützten Werten unserer freiheitlichen Gesellschaft. Und das gebietet uns als Christen auch unsere Verankerung im christlichen Glauben.

Häufig hört man den Hinweis aus der Politik, die Kirchen und ihre Organisationen sollten sich nicht in politische Fragen einmischen, sondern sich nach dem Prinzip der Trennung von Staat und Kirche aus diesen Fragen heraushalten. Und damit wird dann gefordert, dass Christen besser bei ihren ureigensten Themen und Inhalten bleiben sollen. Und genau das tun wir, wenn wir uns als Diözesanrat politisch äußern und den Einsatz für die Menschen am Rande unserer Gesellschaft einfordern. Wenn die Vertreterinnen und Vertreter der katholischen Kirche ihre Stimme erheben, treten sie

der inzwischen deutlich wahrnehmbaren Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft deutlich und stark entgegen.

Ein Dialog mit Rechtspopulisten kann nur unter Achtung der Menschenwürde und Anerkennung der Menschenrechte geführt werden. Ausgeschlossen ist ein öffentlicher Diskurs von vornherein über politische Positionen und Haltungen, die mit einem Eingriff in den Kerngehalt der Menschenrechte oder mit der Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen verbunden sind.

Bei einem so gearteten Grenzen ziehenden Umgang handelt es sich nicht um eine undemokratische oder gar unchristliche Gesprächsverweigerung. Demokratie beruht in ihrem zentralen inhaltlichen Kern auf der Achtung der Menschenwürde und der Anerkennung der Menschenrechte. Durch einen gleichberechtigten und damit undifferenzierten Dialog mit Rechtspopulisten in der Öffentlichkeit würden letztlich die von ihnen diskriminierten Bevölkerungsgruppen aus dem öffentlichen Raum ausgegrenzt. Dabei würde politisch der falsche Eindruck entstehen, diese Personen bzw. die von ihnen vertretenen Organisationen bewegten sich mit ihren Positionen im Rahmen der üblichen demokratischen Auseinandersetzung. Die definierte Grenzziehung gegenüber solchen Positionen sind schlicht eine demokratische Notwendigkeit und ein Erfordernis unserer christlichen Verantwortung. ■

Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen

Wie sieht es mit Rechtspopulisten und -extremen bei uns aus?

Ein präziser Blick zeigt: Auch im Bistum Aachen braucht es vielerorts unsere Aufmerksamkeit



Die deutsche Demokratie: Auch im Bistum Aachen ist sie zu verteidigen.

Während bei den Wahlen 2017 wohl nur die Alternative für Deutschland (AfD) auf dem Gebiet des Bistums Aachen nennenswerte Stimmengewinne einheimen kann, dürften alle Parteien rechts der CDU angesichts der Themen Asyl, „Ausländerkriminalität“ und Kampf gegen „die Etablierten“ oder „das Establishment“ Wahlkampf führen. Dabei müssen ggf. auch Kirchenvertreter mit verbalen Attacken rechnen, sollten sie daran Kritik üben oder sich für einen menschlichen Umgang mit Geflüchteten (Kirchenasyl) und Migranten sowie den interreligiösen Dialog einsetzen. Kirchengemeinden und kirchliche Gremien engagieren sich bistumsweit in Bündnissen, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus stellen und gehören daher zu den Feindbildern der rechten Szene(n).

Wahlerfolge bei den letzten Kommunalwahlen konnten im Raum des Bistums nur AfD und NPD erzielen, erstgenannte in verschiedenen Kommunalparlamenten, letztgenannte am Niederrhein, im Kreis Heinsberg und in Stolberg. Die wenigen Mandate, die Republikaner

(REP) und Pro NRW erhielten, haben die Parteien unterdessen in Alsdorf, Aachen, Mönchengladbach und dem Städtereigionstag durch Parteiaustritt der Mandatsträger verloren. Einige der nun parteilosen Politiker sind jedoch politisch ähnlich aktiv wie zuvor. Zu erwarten ist 2017: Besonders dort, wo Rechtspopulisten und Rechtsextremisten Sitze haben, kann es zu Wahlkampfkaktionen kommen.

PROVOKATIONEN UND GRENZÜBERSCHREITUNGEN

Der Ortsverband der AfD in Aachen gehörte schon früh dem AfD-Rechtsaußenspektrum an. Nach Vorstandswahlen im August 2016 wurde bekannt, dass der neu gewählte Aachener AfD-Chef fast zehn Jahre lang Mitarbeiter der kirchlichen, multikulturellen und wegen ihrer wertvollen Integrationsarbeit prämierten Jugendeinrichtung Offene Tür Josefshaus im stark durch Migranten geprägten Ostviertel war. Bei dem OT-nahen, renommierten Theaterprojekt ChaOSTheater wirkte der Mann bis dahin als Bühnenbauer mit.

Rechtsextreme Aufmärsche (NPD, Hoolligan- und Pegida-ähnliche Gruppen) fanden zuletzt in Mönchengladbach (Mönchengladbach steht auf) statt, dazu in Linnich und Erkelenz (Bürger stehen auf). Größe und Häufigkeit der Versammlungen reichten nicht an die der vergangenen Jahre heran (Stolberg, Aachen, Heinsberg-Randerath). Kirchenvertreter positionierten sich meist als Unterstützer von Gegenprotesten, zuweilen stellten Aufmärsche Kirchen aber vor besondere Herausforderungen. An Totensonntag 2016 marschierten Rechtsextreme in Mönchengladbach auf, an Heiligabend 2008 in Aachen und an Karfreitag 2010 in Stolberg. In Stolberg nutzten die Kirchen einen interreligiösen Kreuzweg dazu, den Aufmarsch indirekt zu stören, da er so nur verspätet und unter besonderen Auflagen stattfinden konnte. In Mönchengladbach blieben solche Einschränkungen trotz des stillen Feiertages aus, da Störungen von Gottesdiensten nicht zu befürchten waren. Da Heiligabend rechtlich gesehen als Werktag gilt, konnten die Neonazis bis zirka 13 Uhr durch Aachen marschieren, der damalige Bischof Mussinghoff kritisierte das in seiner Predigt im Dom.

Kirchenvertretern bieten sich besondere Situationen auch bei traurigen Anlässen. Auf dem Soldatenfriedhof in Vossenack und am Kriegerdenkmal in Viersen-Dülken nahmen Gruppen von NPD und/oder Neonazis („Heldengedenken“) am Volkstrauertag-Gedenken des VdK teil. In Viersen-Dülken beteiligten sich NPD-Vertreter 2016 an einem Trauermarsch für den kleinen Luca, der durch Gewalt im Elternhaus starb. 2011 hatte eine NPD-Gruppe an einem Trauermarsch in Grefrath für den ermordeten Mirco teilgenommen, dabei marschierten die Rechtsextremen mit Parteifahnen zwischen den Schützen und anderen Vereinen, später besuchten sie noch den Gottesdienst. Fotos und Videos davon wurden im Internet propagandistisch im Sinne der Partei verbreitet. Angesichts solcher Bluttaten und der großen Trauer ist ein dem Anlass gerecht werdender Umgang mit solchen Provokationen und

ohne einen evtl. vor Ort eskalieren können Streik schwierig.

WENN KIRCHE DEN RECHTEN RAUM BIETET

Das Verbot der Kameradschaft Aachener Land (KAL) wirkt bis heute nach und hat besonders die jugendaffine Neonazi-Szene geschwächt. Dennoch wächst eine neue Generation nach, während Reste der alten „Kameraden“ sich über die Organisationsstruktur von Kreisverbänden der Minipartei Die Rechte (DR) sowie einer indirekten KAL-Nachfolge namens Syndikat 52 (S52) vernetzen. Dabei sind Teile der aus KAL-Zeiten her bekannten Erlebniswelt Rechtsextremismus mit Konzerten, Sportaktionen oder Schulungen wiederbelebt worden. Das auch Kirchengemeinden und Jugendeinrichtungen unbewusst Teil jener Erlebniswelt werden können, wurde 2011 deutlich, als im Pfarrheim der Gemeinde St. Anna Walheim (Aachen) eine „Rechtsrockfete“ anlässlich des Geburtstages eines KAL-Kaders stattfand. Angemietet worden waren die Räumlichkeiten unverfänglich, erst in der Nacht fiel Anwohnern auf, dass ein Neonazi-Treffen stattfand. Am Niederrhein, Schwerpunkt Mönchengladbach, oder in Aachen sind rechtsoffene Hooligans und Ultras attraktiv für junge Menschen, was eine Anbindung an die rechte Szene erleichtern kann.

In den sozialen Medien und einer Reihe regionaler Facebook-Gruppen hat sich der Ton gegen Migranten, Geflüchtete und Menschen, die sich für eine demokratische, tolerante und multikulturelle Gesellschaft einsetzen erheblich verschärft. Zuweilen gehören dort Hass- und Hetzpostings zum Alltag. Manche Administratoren und Moderatoren dulden derlei nicht nur, sie posten sogar selbst Hetze und Gewaltandrohungen.

Dass daraus reale Gewalt werden kann, zeigt ein Beispiel aus Aldenhoven. Im Februar 2016 griffen Unbekannte den evangelischen Pfarrer der Gemeinde an, der sich in Bündnissen gegen Rechts engagiert. Nachts klingelte es an der Wohnung, nach dem Öffnen prügelte man auf ihn ein. Unklar ist, wer der oder die Täter waren, allerdings hatte der Pfarrer sich gegen fremdenfeindliche Pa- rolen in sozialen Netzwerken gewehrt. Personen, die diese dort verbreitet

hatten, hatten geäußert, man werde ihn besuchen und ihm Gewalt antun.

VERBINDUNGEN UND SCHNITTMENGEN

Ein Pfarrer aus Emmerich, quasi eine Grenzgemeinde des Bistums Münster, marschierte im Januar 2015 in Duisburg bei Pegida mit. Er trug ein Heiligenbild vor sich her und ein schwarzes Birett auf dem Kopf, wetterte gegen den Islam und versicherte in einer Rede den Demonstranten – darunter gewaltbereite Neonazis (u.a. Ex-KAL-Vertreter), Hooligans, Muslim- und Ausländerhasser – „auch Katholiken“ stünden zu ihnen. Sein Bistum erteilte ihm daraufhin Predigtverbot und untersagte ihm, innerhalb und außerhalb von Kirchen öffentlich im Namen der Kirche zu sprechen. Da er äußerlich sichtbar als Priester aufgetreten sei habe er seine Autorität als Pfarrer missbraucht.

Zwischen rechter Szene und Kirchenkreisen gibt es inhaltliche Schnittmengen bei Themen wie Genderforschung, „Homoehe“ (Demo für alle), Abtreibung und die (angebliche) „Frühsexualisierung“ von Kindern im Schulunterricht (Sexualkunde). Sachliche Kritik oder Anmerkungen in Glaubensfragen dazu sind kein Zeichen für Rechtsradikalismus. Rechtspopulisten und Rechtsextremisten nutzen diese Themen jedoch geschickt aus, weil sie seriöse Mitstreiter suchen. Darüber hinaus wollen sie durch die Nutzung der Themen tatsächlich Gleichberechtigung, Emanzipation, Demokratie und Toleranz bekämpfen. Christen sollten daher nicht unbedacht kooperieren oder eine möglicherweise zwar richtige, aber von den Falschen geäußerte Meinung verteidigen.

Im Raum Düren arbeiten z.B. rechtsextreme und antisemitische Kleingruppen von Spätaussiedlern unter wechselnden Namen (Russlanddeutsche Konservative, Arminius-Bund, Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat der Deutschen aus Russland) u.a. mit solchen Themen, um unter Russlanddeutschen Anhänger zu gewinnen. Da man dabei eher unverfänglich wie ein Sozial- oder Vertriebenen-Verband auftritt, konnten Treffen auch schon in kirchlichen Räumen stattfinden. ■

Michael Klarmann, Aachener Fachjournalist und Referent in Fragen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus

Tipps im Netz

Wie mit denen diskutieren?

Das Netz ist voller wertvoller Tipps für den Umgang mit Rechtspopulisten. Zum Beispiel findet man die Organisationsberaterin Ina Machold aus dem oberbayerischen Höslwang. Sie sagt auf ihrer Website, exemplarisch mit Blick auf die so genannte „Alternative für Deutschland“ (AfD): „Wir müssen die Erfolge der AfD ernstnehmen, die Partei wachsam beobachten (nicht wie 1933 unterschätzen, zuschauen und dann überrascht sein) und uns ihr mit allen demokratischen Mitteln entgegenstellen. Ich halte es für unsere Pflicht, uns parteiübergreifend zu verbünden, um gemeinsam deutlich zu machen, wie menschenverachtend diese Partei tickt.“ Ihre Tipps für Diskussionen, an denen die AfD mit am Tisch sitzt:

http://konflikte-entfalten.de/6-tipps-fuer-wirksames-argumentieren-mit-afd-und-anderen-rechtspopulist_innen-rhetorik/

INFOS ZU DEN BÜNDNISSEN GEGEN RECHTS IM BISTUM AACHEN

www.buendnis-gegen-rechts-hs.de

www.duerener-buendnis.de

www.kirchegegenrechts.de

www.buendnis-mg.de

eifelgegenrechts.blogspot.de/

Das Bündnis für gelebte Demokratie Kempen Viersen findet sich nicht im Netz. Kontakt daher über den Regionalen Katholikenrat. ■

Den interreligiösen Dialog fortsetzen und vertiefen

Im ländlichen Raum sollten die Kirchen ihre noch recht starke Verankerung in der Bevölkerung nutzen



Das Bündnis gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Toleranz im Kreis Heinsberg wurde im Herbst 2009 gegründet. Es hatte im Vorfeld verstärkt rechtsextremistische „Auftritte“ gegeben, die man nicht mehr länger unter den Teppich kehren konnte.

Deshalb war es höchste Zeit, dass sich auch im Kreis Heinsberg die beiden großen christlichen Kirchen, Moscheegemeinden, demokratische Parteien, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Gruppen sowie zahlreiche Einzelpersonen zusammenfanden, ein unübersehbares Zeichen zu setzen.

Auf der Basis des Grundgesetzes, insbesondere Art. 1 und Art. 3, verfolgen wir seither das Ziel, Widerstand zu leisten gegen Rechtsextremismus, Revanchismus, Rassismus, Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, Diskriminierung und Nationalismus im Alltag in der Heinsberger Region.

EIN KLIMA SCHAFFEN, IN DEM KEIN PLATZ FÜR HASS UND GEWALT IST

Wir wollen dazu beitragen, ein Klima zu schaffen, in dem kein Platz für Hass und Gewalt ist und in dem der Schutz der Menschenwürde und Demokratie gewährleistet ist. Unsere solidarische

Kraft setzen wir ein für ein demokratisches und friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, das auf unveräußerlichen Grundwerten basiert, die mit rassistischen und nationalistischen Anschauungen unvereinbar sind.

In unserem ländlich strukturierten Kreis mit seinen rund 250.000 Einwohnern, darunter ungefähr 20 Prozent Menschen mit ausländischen Wurzeln – viele davon muslimischen Glaubens – ist die Bedeutung der Kirchen noch relativ groß. Insofern scheint es sehr sinnvoll, den schon vor Jahren in Gang gesetzten Interreligiösen Dialog fortzusetzen und zu vertiefen.

In Hückelhoven, wo zwei große Moscheegemeinden ansässig sind, stehen die katholische und evangelische Kirche schon seit Jahren in diesem Dialog. Regelmäßige Beteiligung an der jährlichen Interkulturellen Woche, Tage der Offenen Moschee, Veranstaltungen, Diskussionen und auch niedrigschwellige Angebote wie Frauenprojekte schaffen Möglichkeiten der Begegnung und der Auseinandersetzung mit dem jeweilig anderen Glauben. Gegenseitige herzliche Einladungen sollten gerne angenommen werden. Sich kennenlernen, erfahren, was „den Islam“ oder „die Christen“ tatsächlich beschäftigt und ausmacht, ist unverzichtbare Grundlage für ein friedliches Zusammenleben.

Hier können die Kirchen ihre immer noch starke Verankerung in der Bevölkerung nutzen, Räume der Begegnung zu schaffen und Diskussionen anzuregen. Vor allem auch die Aktivitäten der Kirchen im sozialen Bereich, in Jugendeinrichtungen und auch in der Seniorenarbeit bieten praktische Ansatzmöglichkeiten. Über den Dialog mit den Moscheegemeinden könnte man die konkrete Arbeit in diesen praktischen Bereichen ausdehnen und verfestigen.

IMMER WIEDER DIE TRAGENDE MORALISCHEN GRUNDPFEILER ANMAHNEN

Vorhandene Ressentiments kann man nicht nur wegdiskutieren, man muss es sogar! Aufmerksam zuhören, hinterfragen und widersprechen – das sind die Möglichkeiten, die wir als Demokratinnen und Demokraten nutzen können und müssen. Carolin Emcke, die für ihr Buch „Gegen den Hass“ den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2016 erhalten hat, hat in Vorurteilen und Ressentiments die Quelle von Gewaltausbrüchen klug analysiert. Sie zeigt damit auch Wege auf, pauschalen Schuldzuweisungen, Vereinfachungen, Schwarz-weiß-Malereien wirksam entgegenzutreten. Die christlichen Kirchen können dabei helfen, indem sie Vorbild sind, den Dialog mit anderen Religionsgemeinschaften führen, bekannt machen, und immer wieder die moralischen Grundpfeiler unseres Zusammenlebens seit Gründung der Bundesrepublik anzumahnen.

Wir, die demokratisch gefestigte Zivilgesellschaft, müssen Vorurteilen entschieden entgegenwirken. Das wird vor allem 2017, wenn in NRW und im Bund entscheidende Wahlen anstehen, von besonderer Bedeutung sein. Es ist anstrengend, aber nicht hoffnungslos. ■

Maria Meurer, Mitglied im Sprecherkreis des Bündnisses gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Toleranz im Kreis Heinsberg

Jeder Form der Menschenfeindlichkeit widersprechen

BDKJ-Aktion „Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land“

2017 ist Wahljahr. Im Mai wird in NRW der neue Landtag gewählt und im Herbst steht die Bundestagswahl an.

Gleichzeitig leben wir in einer Zeit, in der wir leider beobachten, dass unsere christlichen und menschlichen Grundüberzeugungen im öffentlichen sowie privaten Umfeld immer häufiger in Frage gestellt werden. Da wir dabei nicht tatenlos zusehen wollen und können, ist das Jahr 2017 beim BDJ außerdem geprägt durch die bundesweite Aktion Zukunftszeit – Gemeinsam für ein buntes Land.

Während des Aktionszeitraums von März bis September 2017 wollen wir gemeinsam mit dem BDJ-Bundesverband, den anderen BDJ-Diözesanverbänden und unseren Mitgliedsverbänden insgesamt vier Jahre (etwa 35.000 Stunden) unserer Zeit und unseres Engagements für ein buntes Land sammeln. So machen wir deutlich, was wir uns für unser Land in den kommenden vier Regierungsjahren und darüber hinaus wünschen.

Konkret heißt das: Kinder und Jugendliche engagieren sich deutschlandweit in ihren verbandlichen Gruppen durch eine Vielzahl von Aktionen für die Integration von Geflüchteten und/oder

widersprechen durch konkrete Aktionen jeder Form von Menschenfeindlichkeit. Die Dauer jeder Aktion wird gezählt und summiert. Dabei zählt der (zeitliche) Einsatz jeder Teilnehmerin und jedes Teilnehmers.

Aus unserem Glauben heraus treten wir für eine offene Gesellschaft und gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ein. Das bedeutet:

- Der BDJ und seine Mitgliedsverbände leisten einen aktiven Beitrag zur gesellschaftlichen Integration und Weltoffenheit.
- Der BDJ und seine Mitgliedsverbände beziehen öffentlichkeitswirksam Stellung gegen alle Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und treten aktiv dagegen ein.
- Der BDJ und seine Mitgliedsverbände wollen Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen, damit rechte Parteien nicht in den Bundestag, Landesparlamente und Kommunale Parlamente einziehen.

Diese Ziele werden in zwei Phasen angegangen. In der Phase „klug werden“ von September 2016 bis März 2017 liegt der Fokus auf der Bildungsarbeit. Es finden Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren statt, die

verschiedene Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufgreifen und die Sach- und Methodenkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer stärken. Anregungen, Tipps und Hintergrundinformationen gibt es in einer Arbeitshilfe: www.zukunftszeit.de.

Ab dem 17. März 2017 heißt es dann „aktiv sein“. Die Jugendverbände sind aufgerufen, möglichst viele Aktionen durchzuführen, die alle an ein gemeinsames Ziel appellieren:

Gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Integration und Weltoffenheit!

Der BDJ Aachen sammelt im Jahr 2017 mit vielen kleineren und größeren Aktionen Zukunftszeit. So gibt es eine diözesanweite Gruppenstunde, die von Gruppen überall im Bistum durchgeführt werden kann. Die daraus entstehenden Statements „für ein buntes Land“ werden Ihnen ab Sommer sicher an der einen oder anderen Stelle begegnen. Neben vielen weiteren kleinen und großen Aktionen sind z.B. U18-Wahlen und mehrere Trainings gegen Stammtischparolen geplant. ■

*Patricia Karutz,
jugendpolitische Referentin beim BDJ*



Nutzen Sie als Christinnen und Christen Ihr Wahlrecht!

Nicht wählen zu gehen, stärkt das bedrohliche Abdriften nach rechts



Die freie Wahl ist unser Grundrecht – nutzen wir es.

Wir stehen am Beginn eines Jahres, in dem mehrere wichtige Wahlen in Deutschland und in Europa stattfinden. Und es droht ein rechtskonservatives Abdriften angesichts der Entwicklung auf der politischen Bühne, die uns einerseits nachdenklich macht und die wir nicht nachvollziehen bzw. deren Ursache wir immer noch nicht verstehen können. Und die andererseits unser Engagement zur Stellungnahme und unsere Bereitschaft zum Kampf gegen solche Tendenzen herausfordert. In Österreich haben es die Wähler bei den Präsidentenwahlen nach dem ersten Versuch gerade noch einmal, aber letztlich dann doch recht deutlich geschafft, den rechtsnationalen Kandidaten in die Wüste zu schicken. Aber wird das in den Niederlanden und in Frankreich ebenso gelingen? Und dann bei uns: Die Landtagswahlen und die Bundestagswahl werden es zeigen: Gelingt es, die demokratisch, liberal und freiheitlich denkenden Wähler zu einer guten Wahlentscheidung zu motivieren und den rechtspopulistischen Tendenzen eine deutliche Absage zu erteilen?

Wir stehen ganz ohne Zweifel vor großen Herausforderungen in der Bewältigung der Probleme, die seit der Herausforderung durch eine erhöhte

Zuwanderung im Jahr 2015 aufgetreten sind. Aber trotzdem kann und darf die Lösung dieser Probleme nicht dazu führen, dass deutsche Bürger den vollmundigen rechtspopulistischen Versprechungen und den nur vordergründig und vermeintlich brauchbaren Lösungsansätzen von AfD, NPD und anderen rechtsnationalen Gruppierungen vertrauen, folgen und letztlich deren Kandidatinnen und Kandidaten ihre Stimme geben.

ES GEHT HIER NICHT UM EINE KONKRETE WAHLEMPFEHLUNG

Häufig ist von einem Rückgang der Bereitschaft zur Übernahme und Ausführung von sog. Christenpflichten die Rede. Einerseits ist betäublich festzustellen, dass dies in vielen Bereichen unseres Lebens inzwischen der Realität entspricht. Andererseits kann und darf dies kein Grund sein, die einem mündigen Christen obliegenden und mit seinem Bekenntnis zu christlichen Werten zwangsläufig verbundenen Pflichten auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens endgültig und umfassend zu den Akten zu legen. Vielmehr müssen wir uns veranlasst sehen, als mündige Bürger eine Wahlentscheidung zu treffen

und durch die Wahrnehmung dieser Entscheidungsmöglichkeit politisches Leben positiv zu beeinflussen.

Insofern geht es dem Diözesanrat der Katholiken – als dem auch in die Öffentlichkeit hinein wirkenden Laiengremium der katholischen Kirche im Bistum Aachen – nicht darum, durch eine bestimmte Stellungnahme die Wahlentscheidung eines jeden Christen zu Gunsten einer bestimmten Partei zu beeinflussen. Vielmehr geht es darum, mit dem Aufruf zu einer aktiven Mitwirkung am politischen Geschehen zwei Aspekte in den Vordergrund zu rücken:

- Durch das geltende Verhältniswahlrecht werden extremistische Parteien, deren Stimmenanteil in absoluten Zahlen eigentlich zu vernachlässigen wäre, gerade dann besonders begünstigt und unverhältnismäßig aufgewertet, wenn die Wahlbeteiligung auf ein niedriges Niveau rutscht. Es führt daher zu der wahren demokratischen Einstellung der Mehrzahl unserer Bürger entsprechenden Widerspiegeln der politischen Verhältnisse, wenn durch eine hohe Wahlbeteiligung auch erreicht wird, dass extremistischen Parteien die Möglichkeit der politischen Mitwirkung und Willensbildung entzogen wird.
- Die Wahlkampfkostenerstattung bedeutet auch für extremistische Parteien ein wesentliches Reservoir zur Füllung der Parteikassen und damit zur Finanzierung ihrer missbilligungswerten Aktivitäten. Es dient daher auch der Beschneidung der Finanzmittel dieser Parteien, wenn durch die aktive Wahrnehmung der Bürger- und Christenpflicht zur Teilnahme an Wahlen die Ausuferung von extremen Tendenzen nachhaltig eingedämmt wird.

Patentrezepte gegen die Emotionen schürenden Aussagen und christlichen Moralvorstellungen widersprechenden Verhaltensweisen von Extremisten gibt es leider nicht. Der Gang zur Wahlurne ist aber ein wirksames Mittel zur Ausgrenzung von Personen, die derartiges unterstützen und billigen. Und mit dem Gang zur Wahlurne lässt sich ebenso wirksam

verhindern, dass menschenverachtende Politik eines Tages wieder möglich wird. Wer von seinem Wahlrecht keinen Gebrauch macht, trägt indirekt zu einer Stärkung der extremistischen Parteien bei – in politischer und auch in finanzieller Hinsicht.

Noch in den sechziger Jahren formulierten Pfarrer vor Wahlen einen Wahlauf-ruf von der Kanzel folgenden Inhalts: „Wählt christlich!“ Damit verbanden sie damals eine Wahlaussage zugunsten einer bestimmten Partei. Die Aussage stimmt aber auch heute noch – al-lerdings mit einem anderen Inhalt. Ich

möchte die Wähler ebenso aufrufen: „Wählt christlich!“ Damit verbinde ich die Forderung an die wahlberechtigten Bürger, sich im Wahl- und Wähler-verhalten an christlichen Grundwerten zu orientieren. Das reicht, um seiner an christlichen Werten orientierten Grund-einstellung Geltung und Ausdruck zu ver-schaffen.

Daher appelliert der Diözesanrat an die Wähler: Nehmen Sie Ihr Wahl-recht ernst und nehmen Sie dieses auch tatsächlich wahr. Geben Sie Ihre Stim-me einer demokratischen Partei und er-teilen Sie extremen Parteien mit ihren

rechtspopulistischen Einstellungen und Aussagen damit eine Absage. Christlich wählen bedeutet heutzutage, Parteien zu unterstützen, die in ihren Programmen und ihrer politischen Praxis christlichen Werten verbunden und verpflichtet sind – und dazu gehören für mich ganz ein-deutig und fundamental auch die demo-kratischen Grundsätze unseres Gemein-wesens. ■

Lutz Braunöhler, Vorsitzender des Diözesan-rats der Katholiken im Bistum Aachen

Populismus und Passivität – zwei Seiten der gleichen Medaille

Nichts tun hilft halt nicht – eine transaktionsanalytische Betrachtung



Schon bald ist es wieder soweit – wir Wählerinnen und Wähler im Bistum Aachen haben die Möglichkeit, die politischen Geschehnisse mit der Kraft unserer Stimme zu beeinflussen und so politisch wirksam zu werden.

Für uns bedeutet dies, dass voreilige Schlüsse und Frustration in unserer Gesellschaft über unsere Vernunft der

Menschen siegen könnten und wir extremistischen Parteien dadurch den Weg in entscheidungstragende Positionen bereiten würden. Aus diesem Grund ist auch bei der nächsten Wahl wieder das Engagement jedes einzelnen von uns gefragt; denn wenn wir nichts tun, uns nicht positionieren, dann unterstützen wir Populismus- und das wollen wir nicht!

WIE ENTSTEHT POPULISMUS?

Die Wähler von extremistischen Parteien werden häufig durch ungelöste politische Fragestellungen und ihre vermeintliche Betroffenheit radikalisiert. Meistens ist ein persönliches schwieriges Umfeld nicht der ausschlaggebende Faktor, dass sich ein solches Denken in der Gesellschaft

etablieren kann. Viele der heutigen Wähler von populistischen Parteien haben vor einigen Jahren noch eine der Volksparteien gewählt.

Ein populistisches Wahlverhalten entsteht häufig über den Zwischenschritt der persönlichen Passivität. Zunächst entsteht durch passives Wählerverhalten (keine Wahlbeteiligung) ein Stimmenverlust der etablierten Parteien. Sie werden als weniger lösungskompetent in komplexen gesellschaftlichen Fragestellungen erlebt. Populistische Politiker reduzieren Komplexität auf marktschreierische Einzelbetrachtungen, was passiven Wählern zunächst attraktiver scheint als die Realität des großen Ganzen. So kann ein den Populisten folgendes Wahlverhalten entstehen.

Also: Komplexität und Differenzierung wieder aufbauen, ohne den Gesprächspartner zu überfordern!

PASSIVITÄT – WAS IST DAS EIGENTLICH?

Auf die anstehenden Wahlen bezogen handelt es sich bei passiven Menschen um Personen, die sich dafür entscheiden, sich nicht zu positionieren – weder in Diskussionen noch bei der Wahl. Diese Entscheidung hat zahlreiche unterschiedliche Gründe. Zum einen informieren sich diese Menschen nicht über die Inhalte und Ansichten von Parteien und nehmen daher nicht aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft teil. Zum anderen gehen diese Menschen schlicht davon aus, dass alle anderen Menschen wählen gehen und dadurch die zahlreichen Probleme der Gesellschaft lösen.

Deutliche Beispiele aus jüngster Zeit waren der Brexit oder die Wahl Donald Trumps. Selbst für Demoskopien ist nicht vorhersehbar, wie sich die Passivität der Wähler auswirkt; denn die positionieren sich in widersprüchlicher Weise vorher nicht oder nicht explizit als passiv – in der vermeintlichen Hoffnung, dass die anderen Wähler sich anders positionieren und damit Problemlösungen für sie mit herbeiführen werden.

Die Passivität ist also zunächst eine Art Verweigerung, sich aktiv an den politischen Geschehnissen zu beteiligen. Aus diesem passiven Verhalten können dann große politische Verschiebungen entstehen; ein Grund, warum Menschen explizit politisch positioniert sein sollten.

Also: Unter Passivität versteht man, dass eine Person ihre Energie nicht für die Lösung eines (politischen oder persönlichen) Problems einsetzt!

Dabei können wir aufeinanderfolgende Stufen beobachten.

DAS NICHTS-TUN – DIE ERSTE STUFE DER PASSIVITÄT

Für Menschen, die nichts tun, ist es charakteristisch, grundsätzlich auf eine Besserung der Lebensumstände zu warten. Sie sind in der Regel davon überzeugt, dass gesellschaftliche Probleme lediglich vorübergehende Phänomene sind, welche im Laufe der Zeit von selbst verschwinden. In den meisten Fällen entgegen diese Menschen einer Frage nach ihrer Wahlbeteiligung mit ähnlichen Argumenten: Sie beteuern, dass ihre Stimme nicht notwendig sei, um die Probleme in der Gesellschaft zu lösen; es wird laut ihnen lediglich etwas Zeit benötigt, bis die Gesellschaft diese Probleme selbst löst.

Also: Warten und Abwarten ist keine Position. Es wird nicht von selber schlimmer oder besser!

DIE ÜBERANPASSUNG – WENN WARTEN NICHT MEHR REICHT

Wenn Menschen aus der ersten Stufe der Passivität in die zweite Stufe wechseln, äußert sich das wie folgt: Nachdem Menschen einsehen, dass sich die politischen Probleme nicht nach kurzer Zeit von selbst lösen und immer mehr Menschen einem populistischen Wahlverhalten verfallen, beginnen sie, sich an die neuen Umstände anzupassen. Es entsteht dabei ein großer Drang, anderen Menschen ununterbrochen zu gefallen und sich lediglich so zu verhalten, wie diese es von ihnen erwarten.

Hinter diesem Verhalten steckt die Intention, eine Gegenleistung für die Anpassung zu erhalten. Die Betroffenen wollen aufgrund ihrer Anpassungen bei der Lösung des Problems so stark unterstützt werden, dass sie keine Energie für die Lösung des Problems selbst aufbringen müssen. Dieses Verhalten äußert sich darin, dass Menschen, die an dieser Form der Passivität leiden, beteuern, zur Wahl zu gehen. Tatsächlich sind sie dort aber nie gewesen und haben ihre Stimme nicht abgegeben. Es kann sogar vorkommen, dass diese Menschen Sie bei

Ihrem gesellschaftlichen Engagement in einem politischen Rahmen unterstützen, aber im Widerspruch zu allen Bemühungen dann nicht persönlich zur Wahl gehen.

Also: Passen Sie sich nicht gegen Ihre eigene Überzeugung an und ordnen Sie sich nicht gegen Ihren Willen unter!

DIE AGITATION – WENN SICH MENSCHEN SELBST IM WEG STEHEN

Jede Person besitzt eine bestimmte Menge an Energie, die sie für die Lösung eines Problems aufbringen kann. Während diese in der ersten Stufe der Passivität zurückgehalten und in der zweiten Stufe zur Überanpassung genutzt wird, führt die dritte Stufe der Passivität dazu, dass diese Energie zum eigenen Schaden eingesetzt wird. Mit dieser Stufe der Passivität beginnt die betroffene Person, sich selbst aktiv zu schaden, um bei der Lösung des Problems passiv bleiben zu können.

Hiermit sind Verhaltensweisen gemeint, die einer politischen Positionierung direkt im Weg stehen. Häufig geschieht dies dadurch, dass man sich ohne Strukturierungsversuche einer politischen Organisation einer Reizüberflutung aussetzt, die dann keine persönliche Positionierung mehr erlaubt.

Diese Form der Selbstbehinderung wird vor allem bei der vorausgehenden persönlichen Entscheidung, welches die bevorzugte Partei ist, angewendet. Obwohl jede politische Organisation viel Zeit und Mühe dafür aufwendet, zu veranschaulichen, welche Werte ihnen besonders wichtig sind, fällt es schwer sich festzulegen. Viele Menschen erleben dabei eine Reizüberflutung, werden stark verunsichert und finden keine einfache Lösung. Die politische Komplexität verunsichert so stark, dass Vereinfachung, Reduktion von Komplexität, pragmatische Vorgehensweisen attraktiv erscheinen – Grundzüge des Populismus also.

Also: Mut für die eigene politische Verantwortung einzutreten und nicht die eigene Verunsicherung gegen sich selbst richten und mutlos werden!

GEWALT UND GEGENGEWALT

Wenn man an Passivität denkt, so ist die Anwendung von Gewalt eines der



Europa wird für alles Mögliche verantwortlich gemacht. Sein größter Beitrag aber: Frieden.

letzten Dinge, die man mit diesem Begriff verbindet. Tatsächlich kann aus stark übersteigter Passivität Gewalt resultieren.

Gewalt ist die massivste Stufe der Passivität. Nach einer bestimmten Zeit fühlen passive Menschen, dass ihre Passivität keinerlei Auswirkungen auf die Gesellschaft hat und keine Lösungen für bestehende Probleme herbeiführt. Da die Umgebung weder durch eine Überanpassung noch durch die Vermittlung der Handlungsunfähigkeit des Betroffenen handelt, fühlen sie sich innerlich dazu verpflichtet, ihre Umgebung zu einer Handlung zu zwingen. Dies geschieht häufig durch eine psychische oder physische Gewaltdrohung – oder Gewaltanwendung.

In dieser Stufe der Passivität sind diese Personen darüber hinaus äußerst anfällig für extremistische Ansichten und Parteien. Aus der Passivität folgt daher in einigen Fällen eine Aktivität für populistische Parteien, da diese beispielsweise versprechen, das eigene Selbstbild aufzuwerten

durch die Abwertung oder Ausgrenzung „anderer“. Es entsteht eine veränderte Wahrnehmung der Gesellschaft. Selbst wenn die Umgebung oder die Staatsgewalt rechtzeitig eingreifen kann, werden die Grundprobleme dadurch nicht gelöst. Es ist lediglich möglich, die Folgen der Passivität einzudämmen.

Also: Gewalt und Diskriminierung sind keine Lösung, sondern Ausdruck der eigenen Hilflosigkeit.

RAUS AUS DER PASSIVITÄT – DEN KREISLAUF DURCHBRECHEN UND GESELLSCHAFTLICH AKTIV WERDEN

Politische Aktivität – im Sinne von sich informieren, sich positionieren, sich engagieren – trägt zur Minderung sowohl von persönlichen als auch von gesellschaftlichen Leiderfahrungen (Mitläufertum) bei.

Versuchen Sie die gesellschaftlichen Fragestellungen nicht allein zu lösen, sondern ermutigen Sie sich und andere

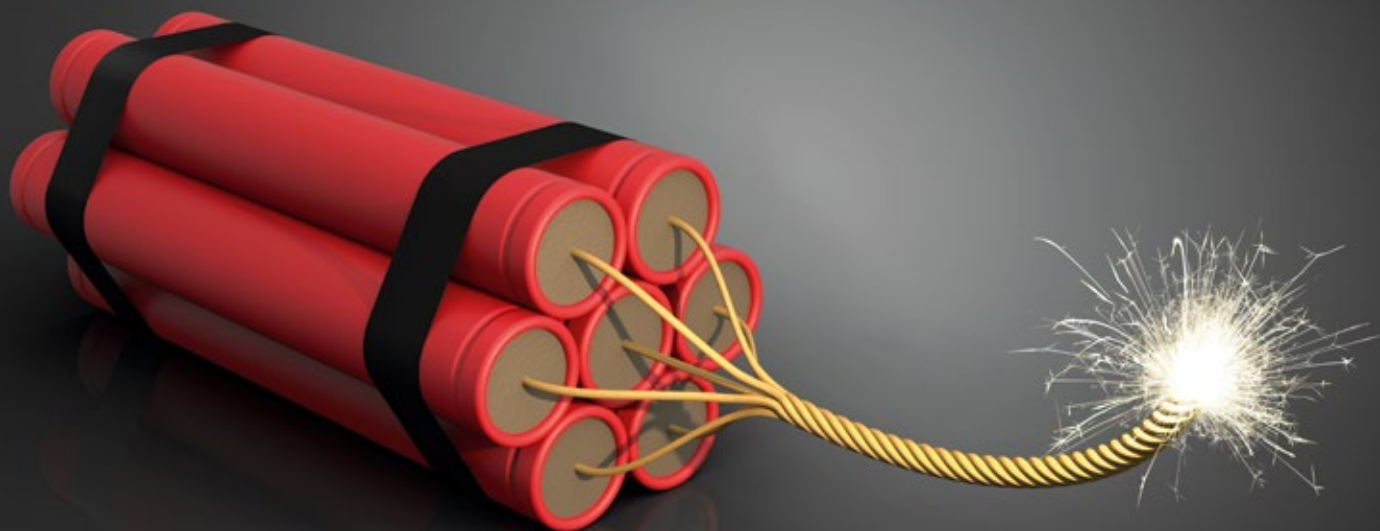
Menschen gesellschaftlich und persönlich dazu Passivität zu überwinden und eine Position einzunehmen.

Also: Gehen Sie mutig und selbstbewusst zur Wahl. Sie entscheiden über Ihre und unsere Zukunft, indem Sie die Politik machen. Danke für Ihr Engagement! ■

Sonja Billmann, Zertifizierte Transaktionsanalytikerin CTA-O/EATA (European Association for Transactional Analysis), Supervisorin/Coach EASC (European Association for Supervision and Coaching), und stellvertretende Vorsitzende des Diözesanrats der Katholiken im Bistum Aachen

Jetzt geht's ums Ganze

Überall zündeln Populisten und Wutbürger an den Grundlagen unseres Gemeinwesens



Treten wir die Lunte aus? Treten wir den Kräften entgegen, die unsere Demokratie aushöhlen?

Nun ist es angebrochen: das neue Jahr. Zu skizzieren, was es uns zu bieten hat, fällt diesmal besonders schwer. An unserer internationalen Ordnung und unserem deutschen Gemeinwesen zernstern starke Fliehkräfte. Populisten und Wutbürger zündeln an den Grundlagen unseres friedlichen Zusammenlebens. Wieviel Zuspruch erhalten sie? 2017 wird insofern ein entscheidendes Jahr, nicht nur wegen der Wahlen in Bund und Land. Christen können dem nicht tatenlos zusehen, wenn ihnen die Botschaft des Evangeliums mehr bedeutet als ein sonntägliches Lippenbekenntnis.

ES GEHT 2017 UM DIE MENSCHENWÜRDE

Was hat es zu bedeuten, dass der erste Satz im Grundgesetz der Menschenwürde gilt? Sie soll jedem Menschen zuteil werden, der auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebt. Die Väter und Mütter unserer Verfassung erhoben dies zur vornehmsten Aufgabe unseres Gemeinwesens. Sie taten dies auf den Trümmern

eines Regimes, welches die Würde eines Menschen an willkürlichen Kriterien festmachte. Gehörte er einer falschen Bevölkerungsgruppe an, hatte er einen falschen Glauben oder ein Handicap, war er homosexuell oder politisch nicht auf Linie – sein Anspruch auf Würde war verwirkt, vielleicht sogar sein Anspruch auf Freiheit, auf körperliche Unversehrtheit, auf das Überleben überhaupt.

Schaut man in die politischen Konzepte von Populisten und die Äußerungen entfesselter Wutbürger, ähneln diese in erschreckender Weise den Ausgrenzungsmustern der dunklen Zeit. Überwunden geglaubtes, völkisches Denken zieht ein, Deutsche werden als wertiger definiert, anderen werden weit über das Asylrecht hinaus Grundrechte abgesprochen. Die Aggression gegenüber Abweichendem und Fremdem nimmt bizzare und bedrohliche Ausmaße an. Immer wieder werden aus Parolen Taten, brennen Flüchtlingsheime, manchmal auch Menschen. Diese Lunte gilt es auszutreten,

bevor die Gesellschaft brennt. Christen haben hier eine Mitverantwortung. Ihr Glaube spricht von der allgemeinen Würde des Menschen, die abgeleitet ist aus seiner Ebenbildlichkeit zu Gott. Zeit, das ernst zu nehmen. 2017 gilt es.

ES GEHT 2017 UM DIE DEMOKRATIE

Verfassungsfeindlichkeit ist ein großes Wort. Eines ist klar: Die Populisten, die sich um politische Mandate in diesem Jahr bewerben, loten die Grenzen der Meinungsfreiheit aus. Was sie mündlich auf Veranstaltungen sagen, geht weiter als das, was sie in ihr Programm schreiben. Welche Geister sie wecken, durch ihre Parolen befeuern, lässt sich gleichwohl nachlesen. Und zwar auf Internet- und Facebookseiten. Kaum verhüllt wird dort das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland in Frage gestellt. Der Grundrechtskatalog – Gutmenschenzeugs. Eine dem Rechtsstaat verpflichtete Justiz – ein Sicherheitsrisiko.

Regierung und Parlament – marode, korrupt, inkompetent.

So verächtlich wurde zuletzt vor 80, 90 Jahren über deutsche Demokratie gesprochen. Die Nazis zogen ein und beseitigten sie. Christen können das nicht wollen. Verfassung und Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik verankern in historisch einmaliger Weise christliche Werte im Leben der Menschen. Die Populisten machen in ihrer Hetze über Institutionen vor der Kirche nicht halt. So wird Kardinal Rainer Maria Woelki als „Staatsdiener“ abgekanzelt, weil er sich für Flüchtlinge und Religionsfreiheit ausspricht. Das macht deutlich: Es geht nicht nur um die anderen – es geht auch um uns, die wir uns für das einsetzen, was uns als Christen wichtig ist. Diese Lunte gilt es auszutreten, bevor unsere Demokratie ihr Gesicht so verändert, dass wir ihren humanistischen, auch christlichen Kern nicht mehr erkennen.

ES GEHT 2017 UM GUTE STREITKULTUR

Zusammenzuhalten heißt nicht, sich nicht zu streiten. Im Gegenteil braucht es das Austragen von Konflikten. Das gilt für eine Partnerschaft ebenso wie für berufliche und ehrenamtliche Zusammenarbeit. Und erst recht gilt es für eine demokratische Gesellschaft. Hier kann man zurzeit nur noch sagen: Die Debatte in Deutschland verkommt und verlottert. Alle Seiten haben abzurüsten, damit wieder Sichtweisen, Interessen, Argumente eine Chance bekommen. Es gilt Brücken zu bauen, statt sie durch Beschimpfungen und Blockdenken abzureißen. Was erwartet uns 2017? Wahlkämpfe aus anderen westlichen Demokratien lassen wenig Gutes befürchten. Die Lunte brennt. Stichworte wie „Fake news“ (bewusst in die Welt gesetzte falsche Nachrichten) und „Social bots“ (automatisierte politische Propaganda in sozialen Netzwerken) lassen die Alarmglocken klingen.

Die Kirche hat eine starke Tradition als Moderatorin, als Vermittlerin, als Brückenbauerin. Ihre Stimme ist leiser geworden in den letzten Jahren. Aber es ist noch Kraft darin. 2017 ist eine gute Gelegenheit, Sachlichkeit und Respekt in den Zukunftsdebatten einzufordern. Das könnte der methodische Beitrag von Christen zum Gelingen des neuen Jahres sein. Allerdings ist auch bei uns nicht

alles Gold, was glänzt. Deshalb wäre schon viel gewonnen, wenn wir bei uns selbst beginnen. Denn vielfach geht es innerkirchlich um ähnliche Fragestellungen wie in der Gesamtgesellschaft.

ES GEHT 2017 UM DIE ANGST

Historisch betrachtet, gab es noch nie soviel Wohlstand in Deutschland wie jetzt. Es war noch nie sicherer und gesünder, in Deutschland zu leben, als heute. Aber es verändert sich viel und die Veränderungen rufen Angst hervor. Das Unbehagen über soziale Ungerechtigkeit wächst, vor dem Hintergrund von Finanz- und Eurokrise. Immer mehr Menschen aus den Mittelschichten fürchten oder erleben ein Abrutschen in ungesicherte Verhältnisse. Der Strukturwandel der Wirtschaft in Richtung Digitalisierung beschleunigt sich, Berufsleben und Berufsbilder wandeln sich rapide.

Und dann ist da noch die Furcht vor dem Fremden. Flüchtlinge werden als Bedrohung wahrgenommen. Attentate, Amokläufe, Überfälle und weitere kriminelle Aktivitäten verunsichern. Dass Anschläge statistisch kaum ins Gewicht fallen, spielt keine Rolle. Denn Angst ist nicht rational. Wäre sie rational, würden viele nicht mehr ins Auto steigen. Die Gefahr, durch einen Unfall ums

Leben oder zu Schaden zu kommen, ist exorbitant höher, als die verschwindend geringe Wahrscheinlichkeit, einem Terrorangriff zum Opfer zu fallen.

Trotzdem ist niemand zu verdenken, dass er sich unsicherer fühlt als in den Jahren vor dem 11. September 2001. Die Gesellschaft braucht Antworten. Und sie braucht neues Vertrauen. Christen können ihre Zuversicht einbringen, die sich aus der frohen Botschaft speist. Kirchliche Einrichtungen können ihren Beitrag leisten, Orte bieten, über Angst zu sprechen, sie zu erden, Wege aus der Unsicherheit zu finden. Angst ist ein schlechter Ratgeber. Bestimmt sie alles, wird es kein gutes 2017. ■

Thomas Hohenschue, Journalist aus Aachen. Der Beitrag erschien erstmalig in der Kirchenzeitung für das Bistum Aachen, Ausgabe 1/2017



Auch übers Internet prägen wir den Diskurs mit. Wut finden wir dort vielfach.



Kolumbien-partnerschaft:

Webseite ist online

Im Februar ist die Internetseite www.kolumbienpartnerschaft.de online gegangen.

Das gemeinsame Projekt des Fachbereichs Weltkirche des Bischöflichen Generalvikariats mit dem Diözesanrat der Katholiken möchte der Kolumbien-Partnerschaft eine eigene Plattform bieten.

Auf der Website werden jetzt regelmäßig alle Informationen rund um die Partnerschaft veröffentlicht: Reiseberichte, Veranstaltungen, Porträts, Aktionen sowie Neuigkeiten aus dem Partnerschaftsland bzw. aus dem Bistum Aachen in Bezug auf die Kolumbienarbeit.

Wer einen Beitrag auf der Seite veröffentlichen möchte, nutze bitte das Kontaktfeld auf der Internetseite. ■

JETZT STAUBT'S!

KIRCHE AM ORT
IST IM UMBRUCH.

kirche-waehlen.de

Kirche wählen 2017 Die Vorbereitungen beginnen jetzt!

REFLEXION: WER SIND WIR?

Wichtige Voraussetzung, um sich auf die Kandidatensuche und die Wahlwerbung vorzubereiten, ist die Reflexion über die bisherige Arbeit in den Räten:

- welche Aufgaben haben uns in den letzten Jahren besonders beschäftigt
- wie ist unsere Arbeitsweise (Sitzungsturnus, Klausurtagungen...)
- was ist bisher zu kurz gekommen, wo hätten wir gern mehr erreicht
- was ist das Besondere und Typische für unsere Gemeinde
- mit wem arbeiten wir auch außerhalb der Gemeinde zusammen
- was sind die Pläne für die nächsten Jahre, gibt es offene Projekte

KANDIDATEN / KANDIDATINNEN: WEN SUCHEN WIR?

- welche Aufgaben warten auf die KandidatInnen
- welche Erwartungen haben wir an KandidatInnen
- was können wir bieten:
 - z.B. ein gutes Team mit offener Gesprächsatmosphäre
 - eine lebendige Gemeinde
 - die Möglichkeit, an verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen
 - spirituelle Angebote für die Mitglieder

In der Regel werden KandidatInnen persönlich angesprochen. Möglich sind auch Info-Veranstaltungen oder Stellenanzeigen im Pfarrbrief o.ä.

WAHLWERBUNG: WER SOLL UNS WÄHLEN?

Für ein Gremium, dessen Aufgaben und Arbeit nicht bekannt sind, wird niemand eine Stimme abgeben. Welche Informationen braucht die Gemeinde, braucht die Öffentlichkeit über die Arbeit der Räte?

Möglichkeiten sind:

Berichte im Pfarrbrief, Infostände vor der Kirche (oder beim Bäcker), Gemeindeversammlungen:

- Bericht über die Arbeit der letzten Jahre, was wurde beraten, entschieden und umgesetzt, was konnte nicht erreicht werden, welche Fragen sind noch offen
- wo liegen die aktuellen Brennpunkte
- was sind die Pläne für die nächsten Jahre
- Möglichkeit zu Vorschlägen und Anmerkungen durch die Versammlung
- Vorstellen der KandidatInnen, evtl. Frage nach weiteren InteressentInnen



Kirche wählen

Im November stehen die GdG-, Pfarrei- und Gemeinderäte im Bistum Aachen erneut zur Wahl

Auch für die Bistümer in NRW ist 2017 ein wichtiges Wahljahr. Im November werden die Räte für die Ebene der Kirche am Ort gewählt, das bedeutet für das Bistum Aachen die Neuwahl der GdG-, Pfarrei- und Gemeinderäte.

Jetzt, nach vier Jahren, ist die erste Wahlperiode der nach der neuen Satzung gewählten Räte zu Ende. In den GdG-Räten findet sich „eine neue Form der Leitungsverantwortung für die veränderte Gestalt der Kirche am Ort“, so steht es im Vorwort zur Satzung. Eine Mitverantwortung in den Pfarreien und Gemeinden wird durch die dort entsprechend gewählten Gremien geleistet.

Erste Reflexionen der letzten vier Jahre zeigen ganz unterschiedliche Erfahrungen. Gute Zusammenarbeit, spannende Projekte, ein gemeinsames Bemühen von Pastoralteams und ehrenamtlichen Laienverantwortlichen zeigen den Willen, den Anforderungen für die vielfältigen Herausforderungen der Kirche am Ort gerecht zu werden. Doch auch Konflikte, Machtgerangel, fehlende Kommunikation, Uneinigkeit über gemeinsame Ziele zeichnen mancherorts die Arbeit der Räte aus.

Jetzt geht es also in die zweite Runde!

JETZT STAUBT'S – KIRCHE AM ORT IST IM UMBRUCH

... so lautet der Titel für die Wahlen in allen fünf NRW-Diözesen. Überall ist das Erscheinungsbild der Kirchen gekennzeichnet durch Aufbrüche, Umbrüche, Entwicklungsprozesse, Strukturformen ...usw. Manchmal haben wir das Gefühl, vor lauter aufgewirbeltem „Staub“ den Blick für das Wesentliche unserer Gemeinschaft als Glaubensgemeinschaft zu verlieren.

Im Bistum Aachen haben wir uns für vier Plakatmotive entschieden, die etwas zum Umgang mit dem Aufwirbeln von Staub aussagen und damit auch wichtige Eigenschaften beschreiben, die für die Kandidatinnen und Kandidaten in unseren Räten wichtig sind:



DER STAUBSAUGER: sorgt dafür, dass nicht unnötig viel Staub aufgewirbelt wird.

DER HANDBESEN: kehrt neu besonders gut, aber alle hinterlassen ganz individuelle Spuren im Staub.

DIE ARBEITSHANDSCHUHE: ermöglichen ein kräftiges Zupacken und schützen vor Verletzungen.

HAMMER UND MEISSEL: können zum Abbruch und zur Gestaltung genutzt werden, Vorsicht, dass niemand unter den Hammer kommt.

Die durch Wahl legitimierte Laienvertretung ist ein hohes Gut in unserer Weggemeinschaft der Kirche am Ort. Wir brauchen die Kandidatinnen und Kandidaten und die Menschen, die ihnen durch ihre Wahlbeteiligung das Vertrauen für diese wichtige Aufgabe aussprechen.

Wichtige Termine und Informationen zu den Wahlen finden Sie auf der Website: www.kirche-waehlen.de

Mechtild Jansen, Geschäftsführerin
Diözesanrat im Bistum Aachen.



Autofasten 2017

Energie-Exkursionen, Verkehrstraining und Kilometer-Sparen

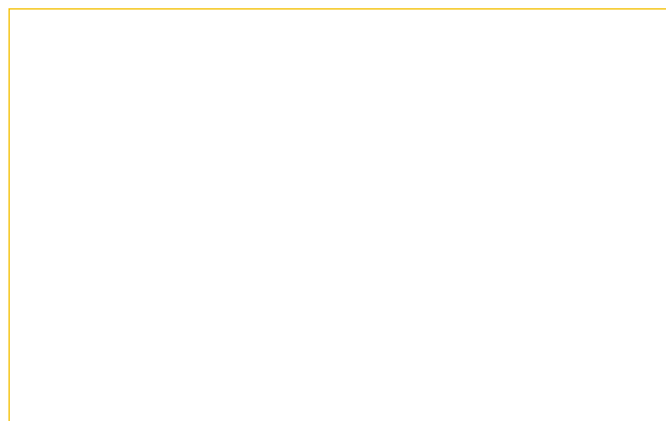
Zum achten Mal lädt der Diözesanrat dazu ein, in der Fastenzeit das Auto stehen zu lassen und auf Alternativen umzusteigen.

Dieses Jahr findet die Mitmach-Aktion vom 1. März bis zum 16. April 2017 statt. Wie in den vorherigen Jahren bietet der Diözesanrat zusammen mit seinen Kooperationspartnern verschiedene Veranstaltungen an.

Hervorzuheben ist die Energie-Exkursion am 18. März in Aachen für Jugendliche bis 16 Jahre. Die Exkursion startet mit einem Frühstück und Vortrag. Danach geht es weiter ins STA-WAG-Energiehaus im Floriansdorf und zu einer Probefahrt mit E-Mobilen. Des Weiteren werden zwei weitere Exkursionen in Düren (1. April) und Mönchengladbach (8. April) angeboten. Im weiteren Angebot befinden sich zwei Fahrradtrainings für Kinder, ein Verkehrstraining 60plus und eine Wanderung rund um Vicht.

Daneben wird es auch wieder die Kilometer-Spar-Aktion geben, bei der Gruppen, Familien und Einzelpersonen während des Aktionszeitraumes aktiv Auto-Kilometer und somit CO2 sparen können.

Auf der Internetseite www.autofasten-im-bistum-aachen.de können Sie sich für das Kilometer-Sparen sowie für die Aktion und ihre Veranstaltungen anmelden. ■



Adressfehler, Ergänzungen oder Änderungswünsche an:
info@dioezesanrat.bistum-aachen.de



Impressum

Herausgeber: Diözesanrat
der Katholiken im Bistum Aachen
Klosterplatz 4, 52062 Aachen
Tel. 0241/452 - 251
Fax 0241/452 - 252

www.dioezesanrat-aachen.de

Redaktion: Lutz Braunöhler (v.i.S.d.P.),
Sonja Billmann, Mechtild Jansen,
Thomas Hohenschue.

Bildnachweis:
Thomas Hohenschue (S. 3, 4, 7, 11),
pixabay.com (S. 1, 6, 9, 14, 16),
Alexandru Nika/shutterstock.com
(S. 8), Thomas Söllner/shutterstock.com
(S. 12), Antonio Guillem/shutterstock.
com (S. 13)

Layout und Druck:
phasezwei, www.phasezwei.biz

Gedruckt auf Cyclus Print, aus 100%
Altpapier - ausgezeichnet mit dem
„Blauen Engel“ und der „EU-Blume“

Wir danken allen Autorinnen
und Autoren für ihre Beiträge.